

Betreff:

Jobticket in Wiesbaden optimieren - Attraktivität steigern und umweltfreundliche Mobilität fördern
- Antrag der FDP vom 06.11.2018 -

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Absatz II der Beschlussvorlage wird wie folgt ersetzt:

- 1) Der Magistrat möge dem Haupt- und Finanzausschuss Bericht erstatten, welche Kosten entstünden, wenn die für 2018 und 2019 gültige Beschlusslage, einen Eigenanteil des Jobtickets in Höhe von 37% zu erheben (STVV-Beschluss Nr. 0512 vom 21.12.2017) zum 01.01.2019 vorzeitig dahingehend verändert würde, den Beschäftigten der Kernverwaltung und der Eigenbetriebe ein Jobticket nunmehr zu den unter I.2) genannten Bedingungen ohne Eigenbeteiligung ab 01.01.2019 zur Verfügung zu stellen. In einem weiteren Szenario sollen auch die Kosten für eine mögliche Einbeziehung der Beschäftigten der kommunalen Mehrheitsgesellschaften abgebildet werden.
- 2) Der Magistrat wird gebeten, zu prüfen, ob die Stadt den Beschäftigten der Kernverwaltung und der Eigenbetriebe Mietfahräder zu günstigen Konditionen anbieten kann. Dienstrad-Leasing ist in Deutschland ein wachsender Markt, seriöse Anbieter sind vorhanden. Über die voraussichtlichen Kosten sowie Vor- und Nachteile eines solchen Modells soll ebenfalls dem Haupt- und Finanzausschuss berichtet werden.
- 3) Der Magistrat wird ferner gebeten, die tatsächliche Benutzung (tatsächliche Nutzung des ÖPNV) des Jobtickets jährlich zu evaluieren (z.B. anonyme Mitarbeiterbefragungen) und Bericht zu erstatten.

Wiesbaden, 09.11.2018

Christian Diers
Fraktionsvorsitzender

Jeanette-Christine Wild
Geschäftsführerin